

2009-07-09

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 23.06.2009

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:50 Uhr
Sitzungsort: Raum 226, Rathaus Dessau

Es fehlten entschuldigt:

Fraktion der CDU

Trocha, Harald

Fraktion der SPD

Gebhardt, Udo

Ausländerbeauftragter

Schwierz, Andreas

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden eröffnet.

2. Feststellung der form- und fristgerechten Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgemäß. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war von Sitzungsbeginn an gegeben.

3. Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Eichelberg beantragte, den Punkt 8.1. der vorliegenden Tagesordnung – Beschlussvorlage: Errichtung eines Integrationsbeirates der Stadt Dessau-Roßlau – von der Tagesordnung zu nehmen. Er begründete dies damit, dass darüber grundsätzlich nachgedacht werden muss, welche Beiräte es geben soll, diese müssen einfließen in die Hauptsatzung. Außerdem wurde die Stellungnahme des Multikulturellen Zentrums zur Gründung eines Integrationsbeirates erst zu Beginn der heutigen Ausschusssitzung verteilt. Keiner der anwesenden Stadträte konnte sich bisher mit dieser Stellungnahme beschäftigen.

Herr Dr. Plettner:

Wir können doch über die Vorlage und auch die Stellungnahme sprechen; wir sind letztendlich kein beschließender Ausschuss.

Frau Stöbe unterstützte den Antrag, die Vorlage von der Tagesordnung zu nehmen. Die angegebenen Haushaltsstelle sei nicht wandelbar; als Einreicher ist die Gleichstellungsbeauftragte ausgewiesen, unterzeichnet hat die Vorlage aber der Oberbürgermeister.

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Falkensteiner, erklärte, dass sie organisatorisch dem Referat des Oberbürgermeisters zugeordnet ist, sodass dieser die Vorlage unterzeichnet hat. Die Satzung des Integrationsbeirates kann erst in Kraft treten, wenn sie in die Hauptsatzung eingegliedert und diese beschlossen ist. Frau Falkensteiner unterbreitete den Vorschlag, die Errichtung des Integrationsbeirates in der Ausschusssitzung vorzubereiten.

Herr Dreibrod:

Die Beiräte stehen generell auf dem Prüfstand. Das ist eine Grundsatzfrage im Zusammenhang mit der Hauptsatzung. Es gibt in dieser Angelegenheit keinen Termindruck.

Herr Dr. Raschpichler stellte an Herrn Minhel, Leiter des Multikulturellen Zentrums Dessau e. V., die Frage, ob der Verein angehört wurde im Vorfeld der Vorberatung zur Satzung.

Herr Minhel:

Die Notwendigkeit der Beratung zum Integrationsbeirat auch innerhalb der Migrantengruppen wird seitens des Vereines gesehen. Es wird generell mehr Zeit benötigt, damit der Integrationsbeirat seinen Sinn erfüllen kann.

Herr Busch befürwortete ebenfalls die Vertagung dieser Vorlage.

Frau Falkensteiner:

Dass nicht ausreichend mit den Migrantengruppen im Vorfeld diskutiert wurde, kann ich so nicht stehen lassen. Es fanden mehrere Beratungen statt. Ich sehe diesbezüglich keinen weiteren Diskussionsbedarf. Am Informationsdefizit kann es nicht scheitern.

Es erfolgte die Beschlussfassung.

Der Tagesordnungspunkt 8.1. – Errichtung eines Integrationsbeirates der Stadt Dessau-Roßlau, Vorlage: DR/BV/318/2008/I-GSB – wird von der Tagesordnung genommen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 6
dagegen: 1
Enthaltungen: 2

Der Änderungsantrag zur Tagesordnung wurde angenommen.

Herr Dr. Plettner bemerkte, dass das Programm Stärken vor Ort seiner Meinung nach ein diskussionswürdiges Thema sei.

Herr Dr. Raschpichler entgegnete, dass er darüber im Punkt Informationen des Beigeordneten sprechen wird.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 26. Mai 2009

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26. Mai 2009 wurde bestätigt (6 Befürwortungen und 3 Enthaltungen).

5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26. Mai 2009 wurde der Beschluss gefasst, dem Stadtrat zu empfehlen, das Grundstück der Kindereinrichtung Oranienstraße 8/9 dem Trägerverein in Erbbaurecht zu vergeben.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und des Beigeordneten

Frau Andrich stellte den Antrag, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales die Thematik Gründung eines Integrationsbeirates inhaltlich zu diskutieren, vorbehaltlich der Klärung der Problematik Beiräte im Allgemeinen.

Herr Dr. Raschpichler bestätigte die Aufnahme der Thematik Integrationsbeirat in die Tagesordnung des nächsten Ausschusses, wies aber darauf hin, dass die nächste Sitzung am 08. September 2009 stattfinden wird. Der ursprünglich geplante Sitzungstermin 11.08.2009 entfällt.

Herr Busch berichtete, dass laut Protokoll der letzten Beiratssitzung des Jobcenters für Kommunal-Kombi die Kriterien der IHK angewandt werden sollen. Da ist er strikt dagegen. Warum sollen wir die IHK beteiligen, obwohl wir dies nicht müssen? Er bat ausdrücklich um die Benennung der rechtlichen Grundlage dafür. Er bat die Verwaltung, dagegen anzugehen, dass die IHK bei der Antragstellung von Kommunal-Kombi gefragt werden muss.

Herr Dr. Raschpichler erklärte, dass er dies nicht als zusätzliche freiwillige Selbstbeschränkung ansehen möchte. Derzeit gibt es in der Stadt Dessau-Roßlau eine Vielzahl von Einsätzen unterschiedlicher Träger. Wir wissen nicht, ob diese Beschäftigungen im Sinne der Sozialplanung sind. Für Maßnahmen im Sozialsektor gelten drei Faktoren: Sie müssen zusätzlich, gemeinnützig und im öffentlichen Interesse sein. Es muss sichergestellt werden, dass eine Maßnahme, die durch die IHK nicht bestätigt wurde, nicht durch Kommunal-Kombi realisiert werden soll.

Herr Eichelberg:

Kommunal-Kombi ist ein Bundesprogramm; der Bund prüft die eingereichten Maßnahmen. Wir haben in der Kommune zusätzlich einen Beirat installiert. Bisher ist Kommunal-Kombi prima gelaufen. Er kann das Interesse der IHK an den Maßnahmen Kommunal-Kombi auch nicht verstehen.

Frau Andrich:

Seit langem diskutieren wir darüber, welche Maßnahmen wir als Stadt durchführen wollen. Ein Katalog wurde vor zwei oder drei Jahren erstellt, wir haben uns aber keine neuen Gedanken darüber gemacht.

Im Beirat wurde seitens des Jobcenters eindeutig erklärt, dass Prioritäten durch den politischen Raum erwartet werden.

Die IHK betreffend sollten wir prüfen, welche Gesetze sind die Grundlage.

Herr Puttkammer:

Wenn Maßnahmen den 1. Arbeitsmarkt gefährden sollten, müssen wir die Hinweise der IHK beachten. Es gibt aber kein grundsätzliches Veto-Recht der IHK.

Herr Dr. Raschpichler:

Es gibt gesetzliche Vorgaben mit Veto-Recht der IHK und es gibt die Möglichkeit, z. B. bei Kommunal-Kombi, die IHK zu befragen. Die Stellungnahme der IHK interessiert schon, der 1. Arbeitsmarkt hat Vorrang.

Herr Busch protestierte gegen den Versuch durch eine Festlegung im Beirat die IHK an Kommunal-Kombi zu beteiligen. Das wäre genau das, dass die IHK auf dem 2. Arbeitsmarkt das Veto-Recht hat. Das ist nicht in Ordnung. Er wiederholte, dass er dafür die gesetzliche Grundlage benannt haben möchte.

Herr Eichelberg:

Im Beirat Kommunal-Kombi sind zwei Stadträte vertreten. Die Maßnahmen werden im Beirat geprüft und wenn der Bund die Maßnahmen bestätigt, dann werden die Maßnahmen durchgeführt. Bei Kommunal-Kombi haben wir bisher gut gearbeitet und sollten dies auch so zu Ende bringen.

Frau Griebisch übergab eine Information der Tafeln an die Persönliche Referentin des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur. Sowohl die Mitarbeiter als auch der Vorstand der Tafeln arbeiten ehrenamtlich. Sollte eine dieser Personen Arbeit erhalten, würde vieles bei den Tafeln nicht mehr realisiert werden können.

Herr Dr. Raschpichler informierte: Das Programm Stärken vor Ort ist ein Bundesprogramm und das Pendant zum Programm LOS, welches derzeit durch Amt 80 bearbeitet wird. Eine Vorgabe zum Programm ist die Errichtung eines Begleitausschusses. Die Fraktionen des Stadtrates wurden angeschrieben und es wurde um Entsendung eines Mitgliedes in diesen Begleitausschuss gebeten. Aufgrund von Hinweisen aus den Fraktionen wurde der Termin zur Bildung des Begleitausschusses verlegt auf einen Termin nach der Sommerpause.

Herr Eichelberg fragte an, ob die Mitglieder dieses Begleitausschusses zwingend Stadträte sein müssen?

Herr Fleischlen: Es müssen nicht zwingend Stadträte sein.

Herr Puttkammer:

Es werden immer mehr Beiräte. Effektiver wäre es, wenn diese Themen hier im Ausschuss für Gesundheit und Soziales abgehandelt werden würden.

Sowohl Herr Eichelberg als auch Herr Dreibrodt unterstützten diesen Vorschlag.

Herr Eichelberg ergänzte: Wir sollten prüfen, wo wir unbedingt Beiräte benötigen.

Herr Dr. Raschpichler erklärte, dass er für diese Anregung sehr dankbar ist. Wir werden in der Ausschusssitzung im September einen Vorschlag unterbreiten, wie wir diese Beiratstätigkeit im Bereich Soziales, Gesundheit, Arbeitsmarkt straffen können.

Frau Andrich berichtete am Beispiel des zeitweiligen Hochwasserausschusses über die Arbeit der berufenen Bürger.

7. Bericht zum Arbeitsstand der Sozialplanung der Stadt Dessau-Roßlau

Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur, berichtete anhand einer Power-Point-Präsentation zum Tagesordnungspunkt. Die Fortschreibung der Sozialplanung soll gemeinsam mit den Stadträten erfolgen. Derzeit erfolgt mit viel Mühe die rein quantitative Analyse des Bestandes an kommunalen sozialen Dienstleistungen, danach erfolgt die qualitative Analyse.

Die Aufgaben der Sozialplanung sind u. a.:

- systematische Analyse des Lebensraumes und der Lebensverhältnisse von Einzelnen und Gruppen
- Aufzeigen von (potenziellen) Mängeln und Erarbeitung von Vorschlägen zu deren Vermeidung bzw. Beseitigung
- Organisation der Umsetzung von Planungsentscheidungen.

Vorhandene Grundlagen für die Sozialplanung sind u. a.:

- die Fachplanung für Senioren und Behinderten,
- die Teilsozialkonzeption,
- die Konzeption zur Jugendarbeit
- Bürgerumfragen (z. B. URBAN II).

Der Sozialplan wird 13 Themenbereiche enthalten, u. a.:

- Bevölkerung, Haushalt
- Lebensunterhalt,
- Soziale Leistungen nach dem SGB XII
- Jugend
- Menschen mit Behinderung,
- Bildung,
- Gesundheit.

Weiterhin berichtete Herr Dr. Raschpichler über Planungselement und den Planungsprozess, über Netzwerkpartner sowie den Ablaufplan zur Erstellung der Sozialplanung. Er unterbreitete den Vorschlag, dass der Grobentwurf der Sozialplanung dem Sozialausschuss immer zur Kenntnis gegeben wird.

Frau Andrich bat darum, dass dieses Material als Anlage zum Protokoll ausgereicht wird.

Herr Dr. Raschpichler erklärte, dass er dieses Material noch überarbeiten möchte; Unterlagen werden in Vorbereitung der nächsten Ausschusssitzung ausgegeben.

Im Anschluss an diesem Tagesordnungspunkt verabschiedete der Ausschussvorsitzende, Herr Dreibrodt, die Amtsleiterin des Sozialamtes, die zum 01. Juli 2009 in die passive Phase der Altersteilzeit gehen wird.

Frau Tschirnich bedankte sich für die Glückwünsche und auch für die gute Zusammenarbeit mit den Ausschussmitgliedern.

8. Beschlussfassungen

8.1. Einrichtung eines Integrationsbeirates der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/318/2008/I-GSB

Dieser TOP wurde nicht behandelt. Vorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden um 17:50 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 25.08.2009

Hans-Peter Dreibrod
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Ingrid Drosdzoll
Schriftführerin